

Bundestagswahl 2017

Alle Augen richten sich auf den 24. September – den Sonntag der Bundestagswahl. Bis dahin stellt die *Neue Presse* täglich eine aktuelle Frage an die sieben Bundestagskandidaten des Wahlkreises Coburg/Kronach. Heute geht es um das Thema Energieversorgung. In der Region sollen neue 380-kV-Leitungen gebaut werden. Die Kommunen laufen Sturm dagegen. Am Mittwoch, 13. September, findet in Lichtenfels ein Stromtrassen-Gipfel statt. Dabei wollen die betroffenen Landkreise und Kommunen auch eine Resolution verabschieden. Die Frage an die Kandidaten lautet: Treten Sie für eine dezentrale Energieversorgung ein und wie könnte diese aussehen?



Wie lösen wir das Trassen-Problem?

„Wir müssen weiter arbeiten an der Speichertechnologie“

Ich bin ein entschiedener Gegner neuer Trassen durch unseren Wahlkreis und habe gegenüber der Bundesnetzagentur sowie dem von der SPD geführten Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in der Vergangenheit stets klar Stellung bezogen. Wir haben mit der Thüringer Strombrücke bereits einen immensen Anteil zur Energiewende geleistet. Dies wollte ich auch den zuständigen Ministern Gabriel und Zypries, beide SPD, vor Ort zeigen. Leider haben diese keinen Besuch eingerichtet. Ich werbe für eine dezentrale Energieversorgung aus vielen einzelnen Einheiten, die letztendlich die erforderliche Netzstabilität gewährleisten. Mit dem Zubau der erneuerbaren Energien steigt auch der Bedarf an Flexibilitätsoptionen im Stromnetz. Wir müssen deswegen an der Speichertechnologie weiter arbeiten und schnell Ergebnisse erzielen. Energiespeicher können den mit den erneuerbaren Energien einhergehenden Flexibilitätsbedarf kurzfristig und dezentral decken. Zusammen mit dem bereits erfolgten Netzausbau, flexiblen Kraftwerken, Lastmanagement und weiteren Technologien werden wir mit dezentraler Energie Erfolge erzielen.

Hans Michelbach, CSU



„Mit aller Kraft für einen anderen Trassenverlauf“

Wir sind als Landkreis bereits schon mit einer Trasse belastet und daher gibt es keinen Grund, uns zusätzlich die Landschaft zu verbauen. Ich unterstütze daher ausdrücklich die tolle Initiative von Landkreis und Kommunen, die hier gemeinsam dagegen Stellung beziehen. Ich habe das Thema auch schon in meine Fraktion und an Frau Zypries weitergegeben. Wir müssen hier auch nach der Bundestagswahl weiter Druck machen, und ich werde mich natürlich auch mit aller Kraft dafür einsetzen, eine andere Lösung für den Trassenverlauf zu finden. Die Stromleitungen sind leider nach dem Abschalten der Atomkraftwerke notwendig, weil die CSU in Bayern seit Jahren den Ausbau der alternativen und regenerativen Energien verhindert. Ich finde den Ausstieg aus der Atomkraft richtig. Man hätte bloß bereits früher die Weichenstellungen für die Energiewende auch in Bayern vornehmen müssen: An die Zukunft denken und handeln statt abwarten und bremsen. Dies gehört auch zur Wahrheit in der energiepolitischen Debatte dazu.

Doris Aschenbrenner, SPD



„Die Sonne scheint, und der Wind weht nicht immer“

Wir setzen uns für die vollständige Umstellung der Stromversorgung auf erneuerbare Energien ein. Eine Herausforderung hierbei: Die Sonne scheint, und der Wind weht nicht immer. Europaweit gibt es aber einen großen Ausgleichseffekt. Deshalb treiben wir die europäische Energieunion voran und wollen sie zu einer echten Klimaunion ausbauen. Wenn man die Wetter- und Klimaregionen in Europa – vom Atlantik bis zum Baltikum, vom Mittelmeer bis Skandinavien – besser miteinander verzahnt, dann sinkt auch der Bedarf an Speichern und Reservekraftwerken. Dafür muss die veraltete Netzinfrastruktur fit gemacht werden. Dazu braucht es auch neue Stromtrassen. Nur so ist garantiert, dass die teils stark schwankenden erneuerbaren Stromquellen dezentral ins Netz eingespeist werden können und effizient und weiträumig in die Verbrauchshochburgen in Süd- und Westdeutschland übertragen werden. Allerdings macht es aus unserer Sicht wenig Sinn, eine neue 380-kV-Leitung neben einer wenige Jahre alten Stromtrasse zu platzieren. Hier muss besser geplant werden.

Michael Eckstein, Grüne



„Unterirdische Verlegung prüfen“

Nachdem man beschlossen hat, vom Atomstrom Abstand zu nehmen und die erneuerbaren Energien auszubauen, ist es notwendig, vor allem den durch Windkraft erzeugten Strom vom Norden in den Süden zu transportieren. Deshalb dürfte die geplante 380-kV-Trasse wohl nicht vermeidbar sein, um die Versorgungssicherheit im Stromnetz in ganz Deutschland aufrechtzuerhalten. Trotzdem ist es unerfreulich, dass neben der A 73 und der ICE-Neubaustrecke noch ein Großprojekt unsere Landschaft zerschneiden wird. In diesem Bereich ist die Natur- und Kulturlandschaft auch so schon stark beeinträchtigt. Aber irgendwo muss die Trasse gebaut werden. Die Frage ist, ob im Coburger Land oder anderswo. Dabei sollte aber auf jeden Fall geprüft werden, ob die Trasse in der Nähe von besiedelten oder landschaftlich wertvollen Gebieten nicht unterirdisch (trotz Mehrkosten) verlegt werden kann.

Alexander Arnold, FDP



„Energiewende gelingt nur dezentral“

In Übereinstimmung unter anderem mit den Experten des Solarenergie-Fördervereins lehnt die ÖDP Leitungsneubauten ab und hat dies, im Gegensatz zu den Bundestagsparteien, bereits 2013 auf einem Bundesparteitag in Coburg formuliert. Vielmehr kann die Energiewende nur dezentral gelingen – und dafür sind Energiespeicher in großer Zahl und in variabler Ausführung nötig. Wir fordern ein staatliches Förderprogramm für Energiespeicher aller Art, damit flächendeckend im Bundesgebiet die Speicherung von Stromüberschüssen, die tagsüber bereits entstehen, für Zeiten schwächerer Erzeugung möglich wird. Dann könnten auch die privaten Verbraucher von sinkenden Strompreisen profitieren. Leitungsneubauten werden das Problem des wechselnden Stromangebotes niemals lösen können und führen in der Bevölkerung zu Recht zu Protesten. Eine Bundesregierung, egal in welcher Zusammensetzung, muss sich noch in diesem Jahr intensiv mit diesem Thema auseinandersetzen und endlich die richtigen Weichen stellen.

Christoph Raabs, ÖDP



„Regenerative Energien forciert entwickeln“

Nur Die Linke hat im Bundestag den Netzentwicklungsplan und damit diese 380-kV-Stromleitungen durch Oberfranken abgelehnt! Im Zuge der Klimakrise müssen wir schnellstens neben den AKW auch Kohlekraftwerke abschalten. Regenerative Energien (Wind, Solar, Bio, Wasser, Geothermie) sind forciert zu entwickeln und als dezentrale Energieversorgung aufzubauen. Dezentral bedeutet, dass alle jeweils regional existierenden Möglichkeiten forciert ausgebaut und durch Investitionen in Netztechnik intelligent verwaltet und transportiert werden. Die 380-kV-Leitungen sind reine Transportleitungen, die durch erhöhte Netzentgelte auch noch durch uns Oberfranken bezahlt werden. Bis zur ausreichenden Entwicklung dezentraler Energieerzeugung kann Peakstrom aus dem europäischen Energieverbund eingekauft werden, besonders die Überschüsse aus Wasserkraft von Österreich bieten sich hier an. Sofern dennoch neue Transportleitungen bei uns notwendig sind, müssen diese, wo immer möglich, unterirdisch verlegt werden.

René Hähnlein, Die Linke



„Neuordnung nicht über Nacht“

Eine Neuordnung des Energiemix kann nicht über Nacht mittels Federstrich geschehen. Beim spontanen Entscheid zum vorzeitigen Atomausstieg hat Merkel nicht nur als Politikerin, sondern auch als Physikerin versagt. Im Zentrum des Denkens muss die Absicherung der Grundlastfähigkeit stehen. Diese ist heute mit Sonne und Wind noch nicht darstellbar, da es keine Speicherkapazität dazu gibt. In der Folge müssen fossile Kraftwerke, meist im Leerlauf, vorgehalten und von uns finanziert werden, die der Versorgungssicherheit dienen. Der zweite Schritt wurde vor dem ersten getan. In der Folge leiden Bürger unter Hochspannungstrassen, die in einigen Jahren nicht mehr benötigt werden und unter unanständigen Strompreisen. Anstelle von Nordseestrom muss die dezentrale Wasserstoffherzeugung aus Sonne und Wind und deren Rückspeisung ins Netz sowie Geothermie im Mittelpunkt von Forschung und Investition stehen. Bei einem schlüssigen Konzept hätten die Bürger einige Jahre Atomstrom als Übergang akzeptiert.

Martin Böhm, AfD

